

LEITARTIKEL



Von Kristina Dunz

Nur ein Signal des guten Willens

Neues aus der Union: CDU und CSU ziehen an einem Strang. Die Schwesterparteien wollen die Wiederwahl von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten unterstützen. Armin Laschet darf das auf seine letzten Amtstage als CDU-Chef noch erleben: Der CSU-Vorsitzende Markus Söder fährt ihm nicht in die Parade. Müßig zu erwähnen, dass die in der Wählergunst geschrumpfte Union in der Oppositionsrolle auch keine Chance gehabt hätte, eine eigene Kandidatur durchzubringen.

So starten CDU und CSU mit einer souveränen Haltung in das neue Jahr. Dazu noch die ach so harmonischen Bilder von Laschets Nachfolger Friedrich Merz und Söder am Kirchsee in Bayern. Auf einer Bank, heiter ins Gespräch vertieft. Zwei Politiker, die so entschlossen über einen Holzsteg laufen, als könnten sie auch über das Wasser gehen. Nur: zwei Männer, die sich nichts, aber auch gar nichts schenken werden.

Söder muss nun mit dem CDU-Chef klarkommen, den er nie wollte. Zweimal ist es für den kravalligen bayerischen Ministerpräsidenten gut ausgefallen. Gegen Annegret Kramp-Karrenbauer und Armin Laschet hatte Merz erfolglos kandidiert. Söder-Anhänger waren nicht unbeteiligt an den Warnungen innerhalb der Union vor einem etwaigen Kanzlerkandidaten Merz: zu emotional, zu reizbar. Wie Söder.



Söder muss mit dem CDU-Chef klarkommen, den er nie wollte.

Der CSU-Chef wollte selbst Kanzlerkandidat werden. Gegen Merz wäre er vermutlich nicht angetreten. Und eine öffentliche Demontage wie die von Kanzlerkandidat Laschet hätte sich Merz nicht bieten lassen. Die große Sympathie, die Söder in der CDU genossen hatte, ist nach seinem Umgang mit Laschet dezimiert. Ein gutes Polster für Merz. Er wird sich von Söder keine Gemeinheiten bieten lassen.

Das als Arbeitsgespräch titulierte Treffen in Bayern, zu dem Merz in Trachtenjacke anreiste, ist zunächst nicht mehr als ein inszeniertes Signal des guten Willens. Der nächste Test wird im April die Wahl des Unionsfraktionsvorsitzenden im Bundestag sein. Die CSU hat ein Interesse an der Wiederwahl von Amtsinhaber Ralph Brinkhaus – um zu verhindern, dass Merz auch noch Fraktionschef wird und seine Machtstellung gegenüber Söder ausbaut.

Die eigentliche Bewährungsprobe kommt aber mit der bayerischen Landtagswahl 2023. Söders politisches Schicksal wird sich daran entscheiden. Sollte die Ampelregierung von Kanzler Scholz auch Bewegung in Bayern auslösen, wird Söder die Hilfe von Merz brauchen. Und dann kann er nur hoffen, dass die Christdemokraten ihm bis dahin den desaströsen Wahlkampf mit Laschet verziehen haben.

Vorsorglich spricht Söder jetzt von einem Neustart sowie guter und intensiver Abstimmung mit Merz am Kirchsee. Dessen Kommentar fällt kühler aus: gutes Gespräch. Die Trachtenjacke kann Merz ganz schnell wieder ablegen.

KOMMENTAR



Von Tim Szent-Ivanyi

Stochern im Nebel

Fast zwei Jahre nach Beginn der Pandemie sollte man meinen, die Zahlenbasis über das Corona-Virus sei so umfassend, dass Entwicklungen immer besser vorhergesagt werden können. Doch gerade in einer Pandemie gilt ganz offensichtlich das dem Schriftsteller Mark Twain zugeschriebene Bonmot: „Prognosen sind schwierig, besonders, wenn sie die Zukunft betreffen.“

Nüchtern betrachtet wird gerade ziemlich viel im Nebel gestochert. Niemand weiß bisher sicher, wie gefährlich Omikron wirklich ist. Es gibt erste Hinweise zum Beispiel aus Großbritannien, aber zuverlässige Daten fehlen. Auch weiß bisher niemand, wie stark Deutschland schon betroffen ist. Und niemand hat einen Überblick darüber, wie Omikron hierzulande wirkt. Denn in jedem Land entsteht eine eigene Dynamik, weil beispielsweise die Impfraten unterschiedlich hoch sind. Sicher ist nur, dass der Infektionsverlauf deutlich schneller ist als bei der Delta-Variante, sodass die Quarantäne- und Isolationsfristen verkürzt werden können, ohne die Sicherheit zu gefährden. Gesundheitsminister Karl Lauterbach hat dazu zusammen mit dem Robert Koch-Institut ein schlüssiges Konzept erarbeitet. Die Ministerpräsidentenkonferenz sollte dieses am Freitag so beschließen, um die Funktionsfähigkeit des Landes zu sichern.

Für weitere Beschlüsse ist es allerdings zu früh. Zwar spricht nichts dagegen, die Menschen auf strengere Kontaktbeschränkungen einzustimmen für den Fall, dass sich tatsächlich eine Überlastung der Kliniken abzeichnet. Doch dazu müssen validen Zahlen vorliegen. Vermutungen allein reichen nicht. Ansonsten besteht das Risiko, dass die ohnehin pandemiemüde Bevölkerung nicht mehr mitzieht.

Der Sturm als Probelauf

Ein Jahr nach dem Angriff auf das Kapitol sind die ersten Aufrührer im Gefängnis. Die Mehrheit der Republikaner jedoch glaubt noch immer an die Mär vom Wahlbetrug an Donald Trump. Seine Anhänger bereiten schon mal den nächsten Umsturz vor.

Von Karl Doemens

Der Mann hat 545 Tage als Soldat im Irak gekämpft. Seit 15 Jahren trägt er stolz die schwarze Uniform der Washingtoner Kapitolpolizei. Doch wenn Aquilino Gonell von jenem „furchtbaren Tag“ am Kongressgebäude berichtet, kann er seine Gefühle nur schwer beherrschen. Ein aufgepeitschter Mob hat ihn geschlagen, getreten, mit einem Laser geblendet, zu Boden gestoßen und dann brutal an Beinen und Schulter gezerrt. „Verräter!“, brüllten die Angreifer und drohten, ihn zu exekutieren. „Ich hätte sterben können an jenem Tag“, sagt der Beamte: „Nicht einmal, sondern viele Male.“

Noch Monate später muss sich der 43-jährige Migrant aus der Dominikanischen Republik die Tränen wegwischen, als er bei einer Anhörung im amerikanischen Kongress von seinem Einsatz berichtet: „Wir befanden uns in einer Kriegszone“ – so schildert er im vergangenen Juli den verzweifelten Versuch, die mit Hämmern, Schlagstöcken, Messern und Pfefferspray ausgestatteten Aggressoren vom Eindringen in das Parlamentsgebäude abzuhalten: „Es war wie auf einem mittelalterlichen Schlachtfeld.“

Was da geschah, bedeutete einen tiefen Stich in die Herzkammer der amerikanischen Demokratie. Fünf scheinbar endlose Stunden dauerte die Revolte am 6. Januar 2021. Es sei eine politische Inszenierung gewesen, eine aus dem Rudel gelaufene Trump-Party mit rechter Folklore – so verhärmelten Anfangs einige die diesen Tag. Durch Fotos, Videoaufnahmen und Zeugnisaussagen jedoch wurde in den Wochen darauf das ganze Ausmaß des blutigen Putschversuches deutlich. Tatsächlich hatte Donald Trump seine Anhänger mit der Lügenkampagne vom gestohlenen Sieg nach den Präsidentschaftswahlen im November systematisch aufgehetzt und sie dann am Morgen des 6. Januar mit dem Schlachtruf „Kämpft wie der Teufel!“ zum Kapitol geschickt, um das eindeutige Ergebnis einer freien Wahl ins Gegenteil zu verkehren.

Die chaotischen Szenen, die sich rund um den erhabenen weißen Kuppelbau abspielten, wirkten auf Augenzwinker gleichmaßen surreal wie apokalyptisch. Die fanatische Meute überrannte die Absperrgitter und die zahlenmäßig völlig unterlegenen Sicherheitskräfte. Mit Holzlaten, Fahnenstangen und Feuerlöschern schlug sie Auch das politische Trauma ist nicht verfliegen. Im Gegenteil. „Wir werden uns weder der Gesetzlosigkeit noch Einschüchterungen beugen“, hatte Mitch McConnell, der republikanische Fraktionschef im Senat, wenige Stunden nach dem Aufruf in der Kammer staatstragend versichert. Doch die anfängliche Kritik führender Republikaner am Drahtzieher der Gewaltorgie ist schnell verstummt. Abgeordnete, die für die Amtsenthebung von Donald Trump stimmten, wurden politisch kaltgestellt. Umgekehrt arbeiten die Trump-Getreuen in den Bundesstaaten längst an der Fortsetzung des Coups mit noch perfideren Mitteln.

Die Reden vom 6. Januar waren billig“, sagt der Politikwissenschaftler



Bewaffnet gegen die Angreifer: Polizisten verteidigen eine verbarrikadierte Tür. FOTO: ANDREW HARNIK/AP

Türen und Fenster ein, stürmte johlend durch die Gänge des Parlaments und machte Jagd auf Abgeordnete und Vizepräsident Mike Pence, den sie gewaltsam an der formalen Bestätigung des Wahlergebnisses hindern wollte. Draußen war schon ein Galgen errichtet. Am Ende waren fünf Menschen tot. Insgesamt 140 Polizisten wurden verletzt. Vier Beamte nahmen sich in den folgenden Tagen das Leben.

Außerlich behielt Sergeant Gonell Verletzungen an beiden Händen, seiner linken Schulter, seiner linken Wade und am rechten Fuß zurück. Nach mehreren Operationen und einer mehrmontatigen Rehabilitation ist der verheiratete Vater eines neunjährigen Sohns inzwischen wieder in den Dienst zurückgekehrt – vorerst jedoch nur hinterm Schreibtisch. Doch die inneren Blessuren bleiben: „Für die meisten Menschen hat der 6. Januar ein paar Stunden gedauert. Aber für diejenigen von uns, die mittendrin waren, hat es nie aufgehört.“

Die Kritik ist rasch verstummt. Auch das politische Trauma ist nicht verfliegen. Im Gegenteil. „Wir werden uns weder der Gesetzlosigkeit noch Einschüchterungen beugen“, hatte Mitch McConnell, der republikanische Fraktionschef im Senat, wenige Stunden nach dem Aufruf in der Kammer staatstragend versichert. Doch die anfängliche Kritik führender Republikaner am Drahtzieher der Gewaltorgie ist schnell verstummt. Abgeordnete, die für die Amtsenthebung von Donald Trump stimmten, wurden politisch kaltgestellt. Umgekehrt arbeiten die Trump-Getreuen in den Bundesstaaten längst an der Fortsetzung des Coups mit noch perfideren Mitteln.

Die Reden vom 6. Januar waren billig“, sagt der Politikwissenschaftler



„Ich hätte sterben können an jenem Tag – viele Male“, sagt der Polizeibeamte Aquilino Gonell bei einer Anhörung über den 6. Januar. FOTO: O. CONTRERAS/AP/DPA



ler David Dagan von der liberal-konservativen Washingtoner Denkfabrik Niskanen Center. Weshalb Trump seine Partei inzwischen wieder komplett im Griff hat? „Viele Republikaner haben Bauchschmerzen und Angst“, erklärt Dagan – Bauchschmerzen wegen Trump, Angst vor ihm. „Und sie lieben lieber mit der Angst.“ Unter diesen Umständen musste der Versuch einer überparteilichen Aufarbeitung des Kapitolsturms scheitern. Nur zwei republikanische Abgeordnete arbeiten im Untersuchungsausschuss des Repräsentantenhauses mit. Von ihrer Partei sind sie geächtet. Den rechten Verschwörungswahn hat das Gremium nicht erschüttern können: Inzwischen glauben 71 Prozent der Republikaner-Wähler, dass Joe Biden nicht der rechtmäßige Präsident der USA ist, obwohl sein Wahlsieg von allen Instanzen bestätigt wurde.

Die bisherigen Erkenntnisse des Ausschusses sind extrem besorgniserregend: Inzwischen ist klar, dass der Protest vor dem Parlament keineswegs spontan eskalierte, sondern die versuchte Manipulation des Wahlergebnisses gezielt von einer Gruppe um Trumps Privatanwalt Rudy Giuliani und seinen Ex-Chefideologen Steve Bannon gesteuert wurde. Im schicken Willard Hotel an der Pennsylvania Avenue, in Blickweite des Weißen Hauses, unterhielten sie einen regelrechten „War Room“, eine Kommandozentrale. Als der Aufruf am Nachmittag des 6. Januar wild eskalierte, kamen selbst einigen prominenten Trump-Unterstützern Bedenken. In vertraulichen Nachrichten an Trumps Stabschef Mark Meadows forderten sie, der Präsident solle das Gemetzel stoppen. „Es ist außer Kontrolle geraten“, warnte selbst der nicht eben feinfühlig Trump-Sohn Donald Jr. per SMS: „Er muss diesen Scheiß so schnell wie möglich verurteilen!“

So liegt die Frage nahe, ob bei der Präsidentschaftswahl 2024 der nächste Umsturzversuch droht. Das renommierte Magazin „The Atlantic“ schlägt in seiner aktuellen Ausgabe Alarm: „Der 6. Januar war nur eine Übung“ steht in greller gelber Schrift auf dem schwarzen Cover. „Technisch könnte sich der nächste Versuch, das Wahlergebnis umzu-

drehen, nicht als Putsch qualifizieren“, schreibt Barton Gellmann, der Autor der Titelsturm – und entfallt ein düsteres Szenario: In drei Jahren müssten die Trump-Anhänger gar nicht zu Baseballschlägern, Pfefferspray und Elektroschockern greifen, um ihr Idol zurück ins Weiße Haus zu befördern. Sie könnten den Wahlvorgang schon vorher so manipulieren, dass ein demokratischer Kandidat de facto keine Chancen hat. Das klingt wie ein Plot aus Belarus oder Nordkorea – tatsächlich aber laufen die Vorbereitungen für



„Kämpft wie der Teufel!“. Mit diesen Worten hatte Donald Trump seine Anhänger am 6. Januar 2021 zum Kapitol geschickt – und Tausende folgten seinem Aufruf. FOTO: IMAGO/CAROL GUZY

Erst nach drei Stunden wandte er sich in einem Video an den rasenden Mob: „Wir lieben euch. Ihr seid etwas ganz Besonderes. (...) Aber geht jetzt heim!“ Ein unerhörtes Verhalten, das eher zu einem Sektenführer als zu einem Regierungschef passt. Wer verstehen will, weshalb so viele Menschen dem narzisstischen Demagogen verfallen sind, der sollte sich die Biografien der inzwischen 725 angeklagten Aufrührer anschauen. Darunter sind Vertreter der berüchtigten Oath Keepers oder der Proud Boys. Doch Forscher der Universität Chicago haben recherchiert, dass die große Mehrheit keine Beziehung zu diesen rechtsextremen Milizen hatte.



„Ihr seid etwas ganz Besonderes“: Erst nach drei Stunden ruft Donald Trump seine Anhänger zum Rückzug auf. FOTO: J. MARTIN/AP/DPA



Auftritt des „Qanon-Schamanen“: Jacob Chansley wurde zum Symbol der Erstürmung – und sitzt heute im Gefängnis. FOTO: M. BALCE CENTA/AP/DPA

Umfragen unterstützt mittlerweile ein Viertel der republikanischen Wähler den Kapitolsturm. Erschreckende 40 Prozent halten Gewalt in der Politik „unter bestimmten Umständen“ für gerechtfertigt. So liegt die Frage nahe, ob bei der Präsidentschaftswahl 2024 der nächste Umsturzversuch droht. Das renommierte Magazin „The Atlantic“ schlägt in seiner aktuellen Ausgabe Alarm: „Der 6. Januar war nur eine Übung“ steht in greller gelber Schrift auf dem schwarzen Cover. „Technisch könnte sich der nächste Versuch, das Wahlergebnis umzu-

drehen, nicht als Putsch qualifizieren“, schreibt Barton Gellmann, der Autor der Titelsturm – und entfallt ein düsteres Szenario: In drei Jahren müssten die Trump-Anhänger gar nicht zu Baseballschlägern, Pfefferspray und Elektroschockern greifen, um ihr Idol zurück ins Weiße Haus zu befördern. Sie könnten den Wahlvorgang schon vorher so manipulieren, dass ein demokratischer Kandidat de facto keine Chancen hat. Das klingt wie ein Plot aus Belarus oder Nordkorea – tatsächlich aber laufen die Vorbereitungen für

dieses unerhörte Manöver auf Hochtoren.

Höhere Hürden für Schwarze

In mehr als 15 Bundesstaaten versuchen die Republikaner mit zwei Methoden, ihren Sieg sicherzustellen: Zum einen erschweren sie durch eine Verkürzung von Fristen, höhere Auflagen zur Identifizierung oder eine Verringerung der Wahllokale vor allem für schwarze Wähler die Stimmabgabe. Zum anderen schaffen sie mit neuen Gesetzen in umkämpften Swing-States wie Arizona, Georgia, Pennsylvania oder Wisconsin die Voraussetzung zur Manipulation der Stimmenauszählung. Vielerorts werden Trump-kritische Wahlleiter entmachtet und Abläufe so verändert, dass das Landesparlament das Wahlergebnis anfechten und eigene Wahlleute nach Washington schicken kann. Genau das hatte Trump schon 2020 gefordert, war damit aber am Widerstand aufrechter Republikaner gescheitert. Wenn er die nächste Kampagne zur Abwehr eines „Wahlbetrugs“ startet, dürften sich ihm aber keine Parteifreunde mehr entgegenstellen. „Der Kapitolaufstand setzt sich in den Parlamenten der Bundesstaaten fort, in einer gewaltlosen, legalisierten Form, gegen die kein Polizeibeamter oder Staatsanwalt etwas unternehmen kann“, warnt daher eindringlich die „New York Times“. „Nun ist jeder Tag der 6. Januar“ lautet die Überschrift ihres Leitartikels.

Noch ist nicht sicher, ob es so kommt. Noch könnte ein Bundeswahlgesetz die schlimmsten Manipulationsversuche verhindern. Doch bislang behandelt der auf sein billionenschweres Sozialpaket fixierte Präsident Biden das Thema erstaunlich beiläufig, und die von Eigeninteressen beherrschten Demokraten im Senat können sich nicht auf einen Vorstoß einigen. Politikwissenschaftler Dagan blickt daher höchst besorgt in die Zukunft: „Wir haben 2016 Donald Trump unterschätzt und geglaubt, er würde die Wahl nicht gewinnen. Ich fürchte, dass wir ihn 2024 noch einmal unterschätzen, wenn wir glauben, er werde die Macht nicht an sich reißen.“

„Wir haben 2016 Donald Trump unterschätzt und geglaubt, er würde die Wahl nicht gewinnen. Ich fürchte, dass wir ihn 2024 noch einmal unterschätzen, wenn wir glauben, er werde die Macht nicht an sich reißen.“

„USA steuern in kalten Bürgerkrieg“

Politologin Thunert hält US-Demokratie für gefährdet

Herr Thunert, Donald Trump wieder offenbar 2024 eine erneute Kandidatur. Wie realistisch ist das? Wenn die Wahlen dieses Jahr wären, wäre Donald Trumps Kandidatur sehr sicher. Ob er in zwei Jahren antreten wird, ist heute schwer prognostizierbar. Trump wird aber weiterhin großen Einfluss haben, man sollte ihn nicht unterschätzen. Sicher lässt sich sagen, dass es ein „Never-Trumper“ ...

... also ein entschiedener Trump-Gegner ... aus der Republikanischen Partei schwer haben wird, nominiert zu werden.

Wohin entwickeln sich die USA politisch? Die USA steuern weiterhin in einen kalten Bürgerkrieg, wie es der Kollege Torben Lütjen in seinem Buch schreibt. Die gesellschaftliche Spaltung in den USA – politisch, soziokulturell, regional – wird sich verstärken. Nur ein externer Schock, ein Terroranschlag oder militärische Auseinandersetzungen, könnte die Gesellschaft kurzzeitig zusammenrücken lassen. Die US-Demokratie wird immer instabiler.



Viele in Europa haben Bidens Schwächen übersehen.

Was bedeutet das für Europa?

Unabhängig davon, wie sich die USA entwickeln, sind sie für Deutschland sicherheitspolitisch ein wichtiger Partner. Daran wird sich nichts ändern, auch wenn wieder ein Hardliner wie Floridas Gouverneur Ron DeSantis gewählt wird oder die Spaltung der Gesellschaft zunimmt.

Wie muss sich die EU aufstellen?

Die europäische Haltung sollte nicht danach ausgerichtet werden, wer Präsident ist. Die langen Listen sind entscheidend: Europa und Deutschland müssen erkennen, dass der indopazifische Raum für die USA zentral ist. China ist die Herausforderung, das gilt für US-Politiker beider Parteien. Der Unterschied: Präsident Joe Biden will die Herausforderung mit den Alliierten angehen und Trump allein. Hier muss Europa ansetzen, nicht nur an transatlantischen Fragen. Gegenüber der Großmacht Russland wird Europa nicht allein auftreten können.

Hat Europa nach Trump zu große Hoffnungen in Biden gesetzt?

Biden ist ein solider Politiker, als Führungsfigur ist er aber selten hervorgetreten. Es ist kein Zufall, dass Biden zweimal an der Präsidentschaft gescheitert ist. Viele in Europa haben das übersehen, weil sie sich so sehr nach einer anderen Person als Trump gesehnt hatten. Die Frustration über Trump saß tief, sodass Biden als Lichtgestalt unter anderem in den Medien dargestellt worden war. Wenn er die Ukraine-Krise lösen könnte, würde seine Statur wachsen. Auch innenpolitisch gibt es für Biden beim Klimapaket noch Erfolgsmöglichkeiten.

Interview: Alisha Mendgen

Martin Thunert vom Center for American Studies der Universität Heidelberg.

FOTO: THOMAS MO/PHOTOTHEK

